

Zahnärztekammer Berlin

Bericht  
über das Geschäftsjahr  
2011

Inhalt	Seite
1. Delegiertenversammlung	3
2. Vorstand	4
3. Personalbestand der Zahnärztekammer	4
4. Finanzen und Buchhaltung	4
5. Mitgliederverwaltung	5
6. Zahnärztliche Fortbildung	
a) 25. Berliner Zahnärztag	6
b) Kursangebote zu ermäßigten Gebühren	6
c) Dienstagabend-Fortbildung	6
7. Zahnärztliche Weiterbildung	7
8. Zahnärztliche Berufsausübung	8
9. Q-BuS-Betreuung	11
10. Zahnärztliche Stelle nach § 16 Abs. 3 RöV	12
11. GOZ-Referat	13
12. Gutachterwesen	14
13. Schlichtungswesen	14
14. ZFA-Referat	14
15. Sonderveranstaltungen und besondere Tätigkeiten	
a) Ehrungen	15
b) Koordinierungskonferenz der neuen Bundesländer und Berlin	15
c) Heilberufskammern Berlin	15
d) Patientenberatung / Gemeinsame Patientenberatungsstelle	15
e) Ausweisung von Tätigkeitsschwerpunkten	16
f) Rügeverfahren gem. § 29 a Berliner Kammergesetz	16
g) Fürsorgeausschuss / Sozialfonds	17
h) Seniorenveranstaltungen	17
i) Impfstoff-Verkauf	17
16. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	17
17. Philipp-Pfaff-Institut GmbH	
a) Geschäftsführung, Gesellschafter, Fachbeirat	19
b) Kursbetrieb des wissenschaftlichen Programms	19
c) Zahnärztliche Fortbildung	20
d) Mitarbeiter-Fortbildung	20
18. Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen e. V.	22

# 1. Delegiertenversammlung

Die Zahnärztekammer Berlin führte im Berichtsjahr durch:

am 17. Februar  
die 8. Ordentliche Delegiertenversammlung,

am 19. Mai  
die 9. Ordentliche Delegiertenversammlung,

und am 22. September  
die 10. Ordentliche Delegiertenversammlung.

Auf der 8. Ordentlichen Delegiertenversammlung erfolgte auf der Grundlage der Wahlordnung zur Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Wahl des Wahlausschusses für die Wahl der Vertreterversammlung und im Anschluss die Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin. Durch den Rücktritt von Herrn Karsten Geist als Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Zahnärztekammer Berlin wurden Nachwahlen für das Amt des Vizepräsidenten und eines Vorstandsmitgliedes notwendig. In das Amt des Vizepräsidenten wurde Herr Dr. Michael Dreyer gewählt, als Vorstandsmitglied Frau Juliane Gnoth. Unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“ wurde über finanzielle Zuwendungen an das Philipp-Pfaff-Institut diskutiert.

Auf der 9. Ordentlichen Delegiertenversammlung erfolgte nach intensiver Diskussion die Verabschiedung von drei Resolutionen zum Referentenentwurf der „Gebührenordnung für Zahnärzte“ vom 29.03.2011. Die Delegierten diskutierten weiterhin ausführlich die Einführung eines „Fachzahnarztes für allgemeine Zahnheilkunde“ auf Bundes- und Landesebene. Der Geschäftsführer des Philipp-Pfaff-Institutes informierte mit einem Rückblick auf das Jahr 2010 und einem aktuellen Bericht zum Jahr 2011 über die Arbeit des Philipp-Pfaff-Institutes. Unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“ wurde darüber diskutiert, ob Äußerungen eines Delegierten missbilligt werden können, die dieser nicht im Rahmen einer Delegiertenversammlung, sondern an anderer Stelle, gemacht hat. Die Delegierten stimmten weiterhin einer Erhöhung der Ausbildungsvergütung für Auszubildende zu und verabschiedeten die vom Vorstand vorgelegte „Vergütungsempfehlung für Auszubildende zur ZFA im Kammerbereich Berlin“ durch einstimmigen Beschluss.

Auf der 10. Ordentlichen Delegiertenversammlung wurden der Geschäftsbericht und Jahresabschluss der Zahnärztekammer Berlin für das Geschäftsjahr 2010 und ein Nachtragswirtschaftsplan 2010 vorgetragen und erläutert. Der Nachtragswirtschaftsplan 2010 wurde beschlossen, der Jahresabschluss 2010 wurde festgestellt und dem im Jahr 2010 amtierenden Vorstand die Entlastung für das Jahr 2010 erteilt. Weiterhin erfolgte die Beschlussfassung über die Annahme des vom Vorstand vorgelegten Wirtschaftsplanes 2012. Es erfolgte die Nachwahl von Delegierten für die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer, die Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Prüfungsausschusses Oralchirurgie und eine Beschlussfassung über die Neufassung der Gutachterrichtlinien.

In den Delegiertenversammlungen standen der Vorstand und die Geschäftsführung nach dem Bericht des Präsidenten den Delegierten in einer Fragestunde zur Beantwortung von Anfragen und zur Entgegennahme von Anregungen zur Verfügung.

## 2. Vorstand

Der Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Wolfgang Schmiedel	Präsident	
Dipl.-Stom. Karsten Geist	Vizepräsident	zurückgetreten am 10.01.2011
Dr. Michael Dreyer	Vorstandsmitglied	Vizepräsident ab 17.02.2011
ZA Ingmar Dobberstein	Vorstandsmitglied	
ZÄ Juliane Gnoth	Vorstandsmitglied	ab 17.02.2011
Dr. Karsten Heegewaldt	Vorstandsmitglied	
Dr. Helmut Kesler	Vorstandsmitglied	
Dr. Dietmar Kuhn	Vorstandsmitglied	

Im Berichtsjahr fanden regelmäßig im Zwei-Wochen-Rhythmus mittwochs Vorstandsbesprechungen statt.

Die Vorstandsmitglieder standen mittwochs, im Rahmen der Sprechstunden, zu persönlichen und telefonischen Anfragen zur Verfügung.

Die sachbezogenen Posteingänge beliefen sich - ohne die Berufsausbildungsvorgänge, Zwischen- und Abschlussprüfungen der ZFA, diversen Zeitschriften und Rundschreiben sowie Vorgänge aus dem Bereich der Zahnärztlichen Stelle - im Berichtsjahr auf 3490.

Insgesamt wurden an die Kolleginnen und Kollegen zwei Rundschreiben versandt, mit denen jeweils aktuelle Informationen bekannt gegeben wurden.

## 3. Personalbestand der Zahnärztekammer

Die Geschäftsführung oblag im Berichtszeitraum Herrn Rechtsanwalt Reinhard Biker (Geschäftsführer) und Herrn Dipl.-Kfm. Henning Fischer (stellv. Geschäftsführer).

Im Berichtsjahr waren ganzjährig 27 Arbeitnehmer beschäftigt.

## 4. Finanzen und Buchhaltung

Zur Buchhaltung gehören Finanz-, Kontokorrent- und Lohnbuchhaltung. Die Buchhaltung wird über die EDV-Anlage der Zahnärztekammer abgewickelt. Ihr liegt ein Kontenrahmen zugrunde. Alle anfallenden Geschäftsvorgänge (Belege) wurden kontiert und ordnungsgemäß verbucht, die Geldkonten (Postbank, APO-Bank und HypoVereinsbank) laufend überprüft. Im Geschäftsjahr 2011 wurden die Jahresbilanz, die Ertrags- und Aufwandsrechnung für das Jahr 2010 und der Wirtschaftsplan für 2012 erstellt.

Der Haushalts-, Rechnungsprüfungs- und Zahlstellenprüfungsausschuss tagte im Berichtsjahr einmal.

Die Kammerbeiträge wurden gemäß der Beitragsordnung der Zahnärztekammer Berlin halbjährlich per Hebeliste von der Buchhaltung erhoben. Per 31. Dezember 2011 waren 4261 Zahnärzte

beitragspflichtig. Davon haben 35 % einem Einzug über das Honorarkonto bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung zugestimmt, 38 % haben eine Einzugsermächtigung für ihre Bankkonten erteilt und 27 % überwiesen den Kammerbeitrag selbst. Die Zahlungen wurden anhand der Beitragskonten überwacht, Rückstände durch Mahnungen angefordert und Mahngebühren erhoben.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 weist Erträge in Höhe von 2.857.099,92 € und Aufwendungen in Höhe von 2.694.676,55 € aus. Dem Vermögen der Kammer wurden somit 162.423,37 € zugeführt.

Der Jahresabschluss 2011 wurde von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, die einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilte.

## 5. Mitgliederverwaltung

Am 01. Januar 2011 waren 5124 Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der Zahnärztekammer Berlin gemeldet. Am 31. Dezember 2011 waren es 5244 Kammerangehörige, bei folgender Aufgliederung:

Mitglieder der Zahnärztekammer Berlin	Zahnärzte	davon ohne deutsche Staatsangehörigkeit
1. Niedergelassene/r ZÄ/ZA	3041	39
2. Assistenten und Vertreter	439	54
3. Beamte und Angestellte		
a) in Universitätskliniken	82	12
b) in Krankenhäusern	5	0
c) Jugendzahnärzte / Schulzahnärzte	23	0
d) Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr	14	0
e) in Polikliniken / Ambulatorien	0	0
f) angestellte ZÄ nach § 32b ZÄ-ZV	409	30
g) in Medizinischen Versorgungszentren	6	0
h) Sonstige (Industrie usw.)	9	0
4. Ohne zahnärztliche Berufsausübung		
a) dauernd	983	10
b) vorübergehend	233	19
<b>Zahnärzte insgesamt</b>	<b>5244</b>	<b>164</b>

Von den insgesamt 5244 Zahnärzten waren 164 ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Im Jahre 2011 wurden 158 Neuzugänge und 147 Zugänge aus anderen Kammerbereichen registriert. 162 Zahnärzte haben sich neu niedergelassen. Es waren 194 Praxisaufgaben zu verzeichnen, verzogen in einen anderen Kammerbereich sind 150 Zahnärzte, verstorben sind 35 Zahnärzte.

## 6. Zahnärztliche Fortbildung

### a) 25. Berliner Zahnärztetag

Am 14. und 15. Januar 2011 fand der vom Quintessenz-Verlag in Kooperation mit der Zahnärztekammer Berlin und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin veranstaltete 25. Berliner Zahnärztetag im Estrel Convention Center statt. Das Tagungsthema lautete: „Die ganze Zahnerhaltung: Konservierende Zahnheilkunde, Endodontie, Parodontologie, Prophylaxe, Kinderzahnheilkunde“. Die wissenschaftliche Leitung lag bei Herrn Prof. Dr. Andrej Kielbassa.

### b) Kursangebote zu ermäßigten Gebühren

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 09. November 1995 wurde für arbeitslose Zahnärztinnen und Zahnärzte, für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die Elternzeit in Anspruch nehmen und Assistentinnen und Assistenten in der Vorbereitungszeit die Möglichkeit geschaffen, an Kursen im Philipp-Pfaff-Institut zu ermäßigten Gebühren teilzunehmen. Im November 2006 hat der Vorstand der Zahnärztekammer ergänzend beschlossen, dass Weiterbildungsassistenten ebenfalls anspruchsberechtigt sind. Die Differenz zum vollen Gebührensatz trägt die Zahnärztekammer aus einem dafür bereitgestellten Etat. Für das Jahr 2011 wurden 5.000,- € zur Verfügung gestellt.

### c) Dienstagsabend-Fortbildung

Im Rahmen der Fortbildungsreihe zu aktuellen Themen der Zahnheilkunde fanden im Berichtsjahr elf Vorträge zu nachfolgenden Themen statt:

Termin: 11. Januar 2011  
Referent: Prof. Dr. Dr. Michael Herzog  
Thema: Früherkennung des Mundhöhlenkarzinoms

Termin: 08. Februar 2011  
Referent: Dr. Frank Mathers  
Thema: Lachgas-Sedierung

Termin: 01. März 2011  
Referent: Herr André Kiep, VRiLG  
Thema: Wie ergeht es Zahnärzten mit Behandlungsfehlern vor Gericht?  
Erfahrungen eines Richters

Termin: 05. April 2011  
Referenten: Dr. Dietmar Kuhn, Reinhard Biker  
Thema: Informations- und Werbemöglichkeiten für die Zahnarztpraxis  
Eine Darstellung der aktuellen Situation  
unter Berücksichtigung neuer Rechtsprechung

Termin: 03. Mai 2011  
Referent: ZA Carsten Ubbelohde  
Thema: Einfache funktionstherapeutische Maßnahmen  
Wie erkenne ich rechtzeitig prothetische Problemfälle?

Termin: 07. Juni 2011  
Referent: Prof. Dr. Peter Pospiech  
Thema: Vollkeramik – Standard für die zahnärztliche Praxis?!

Termin: 16. August 2011  
Referent: Dr. Georg Kwiatkowski  
Thema: Alternative Prävention in der zahnärztlichen Praxis  
Entlastung von Rücken und Augen des behandelnden Zahnarztes

Termin: 06. September 2011  
Referenten: Dr. Bernard Bengs, Dr. Jörg Schröder  
Thema: Endodontie 2011 – Ein Basiskonzept

Termin: 18. Oktober 2011  
Referentin: Prof. Dr. Ina Nitschke  
Thema: Besondere Anforderungen der Seniorenbehandlung in der Praxis

Termin: 01. November 2011  
Referent: Prof. Dr. Klaus Böning  
Thema: Kritische Wertung des prothetischen Pfeilers

Termin: 06. Dezember 2011  
Referent: Dipl.-Stom. Gerald Flemming  
Thema: Gewalt erkennen – Befunde dokumentieren – Opfer informieren  
Der Zahnmediziner in rechtsmedizinischer Verantwortung

## 7. Zahnärztliche Weiterbildung

Der Prüfungsausschuss für Kieferorthopädie tagte im Berichtsjahr einmal. Es wurde eine Anerkennung zur Fachzahnärztin für Kieferorthopädie / Kieferorthopädin ausgesprochen. Der Prüfungsausschuss für Oralchirurgie tagte im Berichtsjahr zweimal. Es wurden vier Anerkennungen zum Fachzahnarzt/-ärztin für Oralchirurgie / Oralchirurg/-in ausgesprochen. Für das Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen wurde keine Anerkennung zum Fachzahnarzt/-ärztin für Öffentliches Gesundheitswesen ausgesprochen.

Es wurden fünf neue Berechtigungen zur Weiterbildung / Anerkennungen als Weiterbildungsstätte für das Gebiet der Oralchirurgie ausgesprochen. Für die Gebiete Kieferorthopädie und Öffentliches Gesundheitswesen wurde keine neue Berechtigung zur Weiterbildung / Anerkennung als Weiterbildungsstätte ausgesprochen.

Im Berichtsjahr sind drei Weiterbildungsberechtigungen / Anerkennungen als Weiterbildungsstätte für das Gebiet der Kieferorthopädie und fünf Weiterbildungsberechtigungen / Anerkennungen als Weiterbildungsstätte für das Gebiet der Oralchirurgie erloschen. Bei der Zahnärztekammer wurden im Berichtsjahr sechs Weiterbildungsassistenten für das Gebiet der Kieferorthopädie und 14 Weiterbildungsassistenten für das Gebiet der Oralchirurgie neu angemeldet. Für das Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen wurde kein Weiterbildungsassistent angemeldet.

Am 31. Dezember 2011 befanden sich 19 Assistenten (davon zwei in Unterbrechung) in der Weiterbildung zum Fachzahnarzt für Kieferorthopädie sowie 26 Assistenten (davon einer in Unterbrechung) in der Weiterbildung zum Fachzahnarzt für Oralchirurgie. Weiterhin befand sich ein Zahnarzt in der Weiterbildung zum Fachzahnarzt für Öffentliches Gesundheitswesen.

## 8. Zahnärztliche Berufsausübung

Im Berichtsjahr war die Nachfrage nach einer objektiven und neutralen Beratung zur Praxisneugründung oder -verlegung unvermindert groß. Wiederholte Themenschwerpunkte waren bau- und planungsrechtliche Bedingungen bei der Niederlassung, gerätetechnische Bedürfnisse sowie Fragen zur Gewerberaumsituation und zu Kaufangeboten.

Nachdem im Jahr 2010 die Neufassung des BuS-Handbuchs mit dem Titel „Q-BuS-Handbuch 2010“ erschienen war, sollte dieses Werk auch in digitalisierter Fassung veröffentlicht werden. Zunächst wurde überlegt, den Berliner Zahnarztpraxen das Buch auf einem Datenträger zur Verfügung zu stellen. Bei der Realisierung des Projekts entwickelte sich dann der weitere Gedanke, das Kompendium in die Homepage der Zahnärztekammer Berlin einzubinden. Bei der grundlegenden Konzeption des Handbuches orientierte sich das Referat am Erscheinungsbild der Internetseiten der Zahnärztekammer Berlin. Die Programmierarbeiten sollten durch eine entsprechende Agentur erfolgen. Bei der Erarbeitung der Vorgaben für die Agentur, wurde zunächst auf ein Computerprogramm zurückgegriffen, mit dem sich HTML-Dokumente programmieren lassen. Im Verlauf kristallisierte sich heraus, das Projekt „Digitalisierung des Handbuches“ selbstständig zu realisieren. Somit entstand eine digitale Fassung des „Q-BuS-Handbuches 2010“ ohne externe Auftragsvergabe. Wenn das Projekt auch nur mit hohem Zeitaufwand zu realisieren war, ergab sich doch eine enorme Kosteneinsparung. Das digitale Q-BuS-Handbuch 2010 steht den Mitgliedern der Zahnärztekammer Berlin seit November des Berichtsjahres im Internet zur Verfügung.

Im Februar des Berichtsjahres bat das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) das Referat um kompetente Unterstützung. Anlass war ein Expertengespräch, zu dem auch wissenschaftliche Vertreter des Robert-Koch-Institutes und der Charité, sowie die Amtsärztin des Bezirksamts Lichtenberg mit ihrer Hygiene-Referentin geladen waren. Thema war die fach- und sachgerechte Aufbereitung von endodontischen Instrumenten, die nach Kontakt mit Risikogewebe einer an Creutzfeld-Jakob erkrankten und in Folge verstorbenen Patientin beurteilt werden mussten. Wenn die Infektion der Patientin auch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in Zusammenhang mit einer zahnärztlichen Behandlung erfolgte, gab es doch Besorgnis bei der zuständigen Amtsärztin, die die Untersuchung zur Infektionsquelle zu führen hatte. Da sich die Patientin kurze Zeit vor ihrem Ableben einer endodontischen Behandlung unterzogen hatte und dem behandelnden Zahnarzt die Erkrankung nicht bekannt war, wurde zunächst ein sehr hohes Risiko einer möglichen Übertragung von Prionen auf andere Patienten nicht ausgeschlossen. Das Gesundheitsamt begründete diese Einschätzung damit, dass die bei der betroffenen Patientin verwendeten Endonadeln anschließend auch bei anderen Patienten weiterverwendet wurden. Anlässlich der Untersuchung in der betroffenen Zahnarztpraxis, die ein maschinelles Aufbereitungssystem betreibt, kam es auch zu Aussagen, wie die betroffenen Instrumente aufbereitet wurden. Die Aufbereitung der Endo-Instrumente erfolgte in dieser Zahnarztpraxis entgegen den eigentlichen Normen, in manuellen / maschinellen Schritten unter Verwendung eines hochalkalischen Desinfektionsmittels und nachgehender Sterilisation. Durch diese Aussage kam der Vertreter vom Robert-Koch-Institut (RKI) zu der wissenschaftlichen Einschätzung, dass sich insbesondere in diesem Fall durch die Nichtverwendung des vorhandenen Reinigungs- und Desinfektionsgerätes die Wahrscheinlichkeit einer höchstmöglichen Dekontamination der diskutierten Instrumente erhöht hat. Durch komplizierte, mikrobiologische Untersuchungen könnte nachgewiesen werden, ob es an den Instrumenten verbleibende Anhaftungen entsprechender Eiweißproteine gab, die eine Gefahr für danach behandelte Patienten ergeben hätten. Das Risiko einer von diesen Instrumenten ausgehenden Infektion bei nachfolgend behandelten Patienten schätzte der Experte vom RKI als äußerst gering ein. Aus Rücksichtnahme den möglicherweise betroffenen Patienten gegenüber beschloss die Expertenrunde, auf eine mikrobiologische Untersuchung der Instrumente zu verzichten. Zudem sollte das Gesundheitsamt nicht von seiner Möglichkeit Gebrauch machen, diesen Patientenkreis zu



entsprechenden ärztlichen Untersuchungen aufzufordern. Da die Amtsärztin den Wert der bestückten Endobox, die in diesem Fall zur Diskussion stand, nicht einschätzen konnte, wurde das Referat „Praxisführung“ der Zahnärztekammer Berlin gebeten zu entscheiden, wie mit dem Instrumentensatz weiter zu verfahren sei; das Referat sprach sich in diesem Fall für eine sachgerechte Vernichtung aus.

Bei einem Treffen mit Frau Prof. Martini (Charité) und Herrn Prof. Mielke (RKI) wurde das Thema „Aufbereitung von Endo-Instrumenten“ dann nochmals erörtert. Frau Prof. Martini beschrieb die Schwierigkeiten, diese Instrumente sicher aufzubereiten. Um einen für den Patienten nicht gefährdenden Zustand zu erreichen, sind zeitaufwendige und technische Maßnahmen erforderlich, die in keinem Verhältnis zu den Kosten für Instrumente zum einmaligen Gebrauch stehen. Somit vertritt sie die These: weg von der Aufbereitung, hin zum Einmalinstrument. Ein Einwand vom Referat, dass die Anschaffungskosten für Einmalinstrumente durchaus das Honorar für eine Wurzelkanalbehandlung aufbrauchen könne, wurde von Herrn Prof. Mielke mit dem Vorschlag unterstützt, erst einmal untersuchen zu lassen, wie viel Mikrogramm Eiweißproteine sich wirklich an den Instrumenten aufhalten. Er wies darauf hin, dass es wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte für Proteinanhaftungen an Medizinprodukten gibt. Erst danach könne nach Wegen gesucht werden, wie eine verbesserte Aufbereitung zu einem sicheren Ergebnis führt oder ob eine Aufbereitung wirklich noch sinnvoll sei. Er gab auch gegenüber Frau Prof. Martini zu bedenken, dass unter einer Lupe oder einem Mikroskop erkennbare Anhaftungen nicht unbedingt eine Patientengefährdung mit sich bringen. Diesen Hinweis griff das Referat auf und plante mit Zustimmung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin ein Projekt „Analyse von Kontaminationen an Endo-Instrumenten, die unter realen Bedingungen entstanden sind“. Zur Durchführung der Untersuchung nahm das Referat Kontakt mit einem Labor auf, das sich schwerpunktmäßig mit Kontaminationen von Medizinprodukten befasst. Von dort erhielt das Referat Vorschläge zur praktischen Vorgehensweise. Zum Ende des Berichtsjahres begann das Projekt damit, in einer Berliner Zahnarztpraxis gebrauchte Endo-Instrumente unter bestimmten Vorgaben zu sammeln. Danach erhielt das Labor die entsprechenden Endo-Nadeln zur Analyse; ein Ergebnis hierüber lag bis zum Geschäftsjahresabschluss noch nicht vor.

Von einer Kieferorthopädischen Praxis, die ihren Sitz im Bezirk Mitte hat, erhielt das Referat Anfang des Berichtsjahres den Hinweis, dass ein Hygieneinspektor des zuständigen Gesundheitsamtes beabsichtige, eine infektionshygienische Regelbegehung durchzuführen. Hierbei berief sich der Beamte auf § 23 Absatz 5 Infektionsschutzgesetz. Die betroffene Praxis bat hierzu das Referat um Unterstützung durch Anwesenheit bei der Begehung. Anlässlich des Termins musste das Referat zur Kenntnis nehmen, dass der Beamte, der dem Referat bereits bekannt war, unverändert über geringe fachliche Kompetenz verfügte. In seinen Ausführungen widersprach sich die Amtsperson fortlaufend. Zudem traf er Feststellungen und machte Vorschläge zum Medizinprodukterecht und zu Arbeitsschutzmaßnahmen, die nicht seinen hoheitlichen Aufgaben zuzuordnen sind. Nach Verlassen der Praxis, die sich nach Einschätzung des Referats in einem sehr gut geführten Zustand befand, ergab sich die Gelegenheit, mit dem Beamten ein persönliches Gespräch zu führen. Hierbei war zu erfahren, dass er die Absicht verfolge, sämtliche Zahnarztpraxen in seinem Zuständigkeitsbereich zu begehren. Er begründete seine Planung damit, dass er die Krankenhäuser in seinem Bezirk abgearbeitet habe und sich neue Betätigungsfelder suchen müsse. Auf Einwände, dass er sich in Themen des Medizinprodukterechtes und des Arbeitsschutzes einmische, die nicht in seine Hoheitsaufgabe fallen, antwortete er, es seien alles nur gut gemeinte Ratschläge, die er erteile. Im weiterführenden Gespräch konnten der Beamte davon überzeugt werden, dass er sich in Fachgebieten aufhält, die bereits durch das Referat „Praxisführung“ betreut werden. Danach erhielt das Referat von zwei Fällen Kenntnis, bei denen der Beamte in Zahnarztpraxen tätig wurde und sich bei anlassbezogenen Begehungen auf seine Hoheitsaufgaben beschränkte.

Durch gute Kontakte zu einigen Berliner Gesundheitsämtern eröffnete sich dem Referat die Möglichkeit, an einem Treffen der Referenten für Hygiene und Umweltmedizin teilzunehmen. Dieser Kreis setzt sich aus Vertretern sämtlicher Berliner Gesundheitsämter und der Senatsgesundheitsverwaltung zusammen, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes im Land Berlin zu koordinieren und zu überwachen. Mit Unterstützung der Zahnärztekammer Berlin bekannten Referenten konnte das Referat den übrigen Teilnehmern seine Arbeit vorstellen. Auch den Teilnehmern, die das Referat bisher nicht kannten, wurde Zusammenarbeit und Amtshilfe angeboten, bei Fachfragen zur Zahnmedizin unterstützend zu beraten und bei notwendigen Praxisbegehungen die begleitende Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Den Vortrag des Referates quittierten die Teilnehmer mit dem Bedauern, dass keine vergleichbare Dienstleitung bei den Ärztevertretern zu finden sei, denn man habe es vornehmlich mit diesem Kreis zu tun und träfe dort wiederholt auf massiven Widerstand.

Weiterhin beschäftigten das Referat Anfragen der niedergelassenen Mitglieder zu den Anforderungen des Qualitätsmanagements in Zahnarztpraxen gemäß der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses. Hier spielte der Versuch der privaten Wirtschaft eine bedeutende Rolle, nicht eindeutige gesetzliche Regelungen zu nutzen, um unangemessene und kostenintensive Qualitätsmanagementsysteme in die Zahnarztpraxen einzubringen. Bei einem Unternehmen, das sein Qualitätsmanagementsystem in verschiedenen Zahnarztpraxen in Berlin implementiert hat, konnte festgestellt werden, dass sich diese Firma umfassend an Inhalten aus den BuS-Handbüchern bedient hatte. Als Konsequenz hatte das Referat die Geschäftsführerin dieses Unternehmens in die Zahnärztekammer Berlin einbestellt. Nach einem Gespräch mit der Geschäftsfrau kristallisierte sich heraus, dass sie sich im Urheberrecht nicht auskannte. In einer mündlich ausgesprochenen Abmahnung machte das Referat deutlich, dass es vom Gebrauch möglicher Rechtsmittel absehen würde, wenn sie sich bei ihren Kunden in dieser Angelegenheit offenbare und sich für ihr rechtswidriges Handeln entschuldige. Das Referat ergriff keine weiteren Maßnahmen gegen die Unternehmerin, da das hier angebotene Qualitätsmanagementsystem kostengünstig, gut zu handhaben und bereits in einigen Berliner Zahnarztpraxen hilfreich zum Einsatz gekommen ist.

Die ungeminderte Nachfrage zum Thema „Aktualisierung der Sachkenntnisse zur Aufbereitung von Medizinprodukten“ veranlasste das Philipp-Pfaff-Institut, gemeinsam mit dem Referat im August eine weitere Fortbildungsveranstaltung anzubieten. Unter den Interessenten zu dieser Veranstaltung gab es 15 Personen, die nicht über den für die Teilnahme erforderlichen Berufsabschluss im Bereich der Zahnmedizin verfügten. Hierzu waren aufgrund beruflicher Werdegänge der einzelnen Kandidaten vom Referat Einzelfallentscheidungen zu treffen. Das Referat konnte 13 Personen die Zulassung zur Teilnahme an der Fortbildung erteilen. Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Veranstaltung. Da auch nach dieser Fortbildungsveranstaltung wiederholte Nachfragen zu einem neuen Termin eingingen, plant das Philipp-Pfaff-Institut einen weiteren Kurs für das Jahr 2012.

Gemeinsam mit der Leitung der „Zahnärztlichen Stelle Röntgen“ fand ein Treffen mit der für den Strahlenschutz zuständigen Abteilung beim Senat, dem LAGetSi, statt. Hierbei wurden koordinierende Gespräche zur Umsetzung der RöV in Zahnarztpraxen geführt. Schwerpunktthema war die „Aktualisierung der Fachkunde für Zahnärzte“. Es ging vorrangig um eine Änderung der Größe der Teilnehmergruppen und eine Herabsetzung der Frontalunterrichtsstunden, die durch eine Erhöhung des Aufwandes für das Selbststudium auszugleichen sind. Zur Gruppengröße erhielt die Zahnärztekammer Berlin die Zustimmung zur Anhebung der Teilnehmerzahlen in einem Probelauf. Hinsichtlich einer Neuaufteilung der Unterrichtsstunden waren die Vertreter sehr zurückhaltend. Nach einer noch durchzuführenden Evaluierung bezüglich eines anteiligen E-Learning-Kurses wäre das LAGetSi bereit, einen solchen Kurs zu genehmigen, wobei die Anwesenheitspflicht zumindest ein Drittel des normalen Kursumfangs betragen sollte.

Im Rahmen einer mündlichen Vereinbarung mit dem Präventionsdienst der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) stellte das Referat eine Liste der Praxen zusammen, die im Berichtsvorjahr dem Q-BuS-Dienst angeschlossen waren. Somit konnte die BGW auf Einzelbefragungen der Praxisinhaber verzichten, die sonst in Einzelnachweisen einen Anschluss bei einem Betreuungspartner erklären mussten.

Die im Referat eingegliederte „Sachverständige Stelle nach Indirekteinleiter-Verordnung“ bestellte einen weiteren Techniker als Sachverständigen zur Prüfung von Amalgamabscheidern im Land Berlin. Für das durchgeführte Antrags- und Bestellverfahren erhob die Zahnärztekammer Berlin eine Gebühr von 200 Euro.

Die Prüftätigkeit nach der Medizinproduktebetreiber-Verordnung in Zahnarztpraxen umfasste 15 Prüfungen in den Praxen und 730 Prüfungen von transportablen Elektrochirurgiegeräten (in den Räumen der Zahnärztekammer). Durch telefonische Ferndiagnosen konnten Qualitätsmängel an Röntgeneinrichtungen beseitigt werden, die durch die „Zahnärztliche Stelle“ beanstandet wurden.

Weiter erfolgten fachbezogene Veröffentlichungen des Referates im MBZ und in Rundschreiben sowie Aktualisierungen des Handbuchs der Zahnärztekammer Berlin.

Der im Berichtsjahr veranstaltete 25. Berliner Zahnärztetag wurde vom Referat organisatorisch vorbereitet und begleitend betreut. Zudem wurde mit Konzeption und Planung für die Präsentation auf dem 26. Berliner Zahnärztetag 2012 begonnen.

## 9. Q-BuS-Betreuung

Zum 31. Dezember 2011 waren von 3041 niedergelassenen Mitgliedern der Zahnärztekammer Berlin 2740 Zahnärzte der Q-BuS-Betreuung angeschlossen. Im Berichtsjahr besuchte der Außendienst 635 Praxisstandorte mit insgesamt 2806 Mitarbeitern. Davon nutzten 756 Mitarbeiter das zusätzliche Angebot der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung gemäß der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV).

Der im Berichtsjahr neu begonnene Drei-Jahres-Zyklus mit seinem erneuerten Betreuungskonzept findet in den Praxen weiterhin hohe Akzeptanz. Dieses wird auch durch die Evaluierung der Besuche mit Hilfe von Fragebögen deutlich, die nach durchgeführter Q-BuS-Betreuung in den Praxen zurückgelassen wurden. Das Ausfüllen des Fragebogens erfolgt auf freiwilliger Basis und kann dem Referat von den Praxen anonym per Fax zugesandt werden. Von 635 verteilten Fragebögen erreichten die Zahnärztekammer Berlin 272 Exemplare, die wenigsten waren anonymisiert. Die 12 zu beurteilenden Teilaspekte, die mit 1 (positiv) bis 5 (negativ) bewertet werden konnten, erhielten im Durchschnitt eine Note 2. Zahlreiche Bögen enthielten zusätzliche handschriftliche Bemerkungen, die die ausdrücklich positive Beurteilung der Außendienstmitarbeiter der Zahnärztekammer Berlin und des Betreuungskonzepts belegen.

Durch kurzfristige Terminabsagen von 34 Praxen entstandene Terminlücken waren in den seltensten Fällen zu füllen. Auch wenn für vier sehr kurzfristige Absagen, die innerhalb von fünf Werktagen stattfanden, eine Aufwandspauschale erhoben wurde, konnte hierdurch das finanzielle Defizit nur geringfügig ausgeglichen werden. Die durch Terminabsagen entstandenen freien Zeitressourcen der Außendienstmitarbeiter wurden als Bürozeiten genutzt, in denen zum Beispiel Betreuungsunterlagen aktualisiert wurden.

Um Besuchstermine bei unplanmäßigen Ausfällen von Außendienstmitarbeitern nicht absagen zu müssen, besteht ein Notplan, der mit Unterstützung eines externen Dienstleisters zum Einsatz kommt. Im Berichtsjahr bestand für 31 Praxisbesuche die Notwendigkeit, diesen externen Dienstleister mit der Betreuung zu beauftragen.

Unverändert schwierig gestaltet sich die Vergabe der Besuchstermine. In den Zahnarztpraxen fehlt häufig die Einsicht, dass es grundsätzlich nicht möglich ist, Wunschtermine zu erhalten. Das Q-BuS-Dienst-Referat ist aber stets bemüht, in gewissem Umfang ein individuelles Terminangebot bereit zu halten, wenn es die örtliche Nähe zu bereits terminierten Praxen zulässt.

Auch im laufenden Berichtsjahr gab es wiederholt Anfragen von Praxen aus dem benachbarten Bundesland Brandenburg mit dem Wunsch, sich unserer Q-BuS-Betreuung anzuschließen. Diese Praxen stehen häufig durch überörtliche BAGs in Verbindung mit von uns betreuten Berliner Praxen. Bei solchen Anfragen wurde darauf hingewiesen, dass das Betreuungsangebot des Referats auf Praxen im Zuständigkeitsbereich der Zahnärztekammer Berlin beschränkt ist.

Im September trafen sich die Q-BuS-Mitarbeiter in Dresden zu dem jährlich stattfindenden Erfahrungsaustausch mit Vertretern aus Sachsen und Thüringen, die in vergleichbaren BuS-Konzepten tätig sind.

## 10. Zahnärztliche Stelle nach § 16 Abs. 3 RÖV

Die seit dem 08. Januar 1987 gültige Röntgenverordnung, zuletzt geändert im Jahr 2002, schreibt u. a. die Qualitätsbeurteilung von Patientenaufnahmen und Konstanzaufnahmen vor. Die Mitglieder der „Zahnärztlichen Stelle“ haben im Jahr 2011 Patientenaufnahmen und Konstanzaufnahmen beurteilt.

<b>Prüfungen nach § 16 Abs. 3 RÖV</b>	
Geprüfte Praxen	787
Untersuchte Dentaltubusgeräte	853
Untersuchte Panoramaschichtgeräte	323
Untersuchte Volumetomographen	12

- **Mängel bei Patientenaufnahmen:**

Von den 1188 geprüften Strahlern wurden 80 Patientenaufnahmen wegen unterschiedlicher Mängel mit der Aufforderung zurückgewiesen, neue Aufnahmen nach Beseitigung der Fehlerquelle einzusenden. Im zweiten Durchgang wurden bei 13 Praxen Mängel bei Patientenbildern festgestellt. Im dritten Durchgang wurden bei 2 Praxen Mängel festgestellt, die mit dem vierten Durchgang behoben wurden.

- **Mängel bei Konstanzaufnahmen:**

Von den 1188 geprüften Strahlern wurden 202 Konstanzaufnahmen wegen unterschiedlicher Mängel mit der Aufforderung zurückgewiesen, neue Aufnahmen nach Beseitigung der Fehlerquelle einzusenden. Im zweiten Durchgang wurden bei 38 Praxen Mängel bei Konstanzaufnahmen festgestellt. Im dritten Durchgang wurden bei 4 Praxen Mängel festgestellt, die im vierten Durchgang behoben wurden.

Mit 12 Praxen wurde ein persönliches Gespräch in den Räumen der Zahnärztekammer geführt.

Bei zwei Praxen musste das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit wegen schwerwiegender Mängel bzw. Nicht-Einsendung nach Aufforderung von entsprechenden Aufnahmen informiert werden.

Die Organisation der Kurse „Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz“ gemäß § 18a der Röntgenverordnung wurde im Jahr 2011 mit 1061 Teilnehmern vom Philipp-Pfaff-Institut durchgeführt. Alle Teilnehmer haben die Abschlussklausur bestanden.

## 11. GOZ-Referat

Im Geschäftsjahr wurden 314 zum Teil umfangreiche Liquidationsprüfungen vorgenommen bzw. schriftliche Anfragen beantwortet.

In der Mehrzahl handelte es sich um offizielle Rechnungsprüfungen im Auftrag von Patienten (176), Beihilfestellen oder Rechtsanwälten bzw. privaten Krankenversicherungen (zusammen 23) sowie um den dazugehörigen Schriftwechsel mit den betreffenden Praxen. Schriftliche Auskünfte und Rechnungsprüfungen wurden jedoch auch von zahnärztlichen Kollegen (115) erbeten.

Telefonisch, per Fax oder E-Mail wurde täglich eine Vielzahl von Anfragen von zahnärztlichen Mitarbeiter/innen aber auch von Zahnärztinnen und Zahnärzten, Patienten, Rechtsanwälten und Beihilfestellen zur korrekten privat Zahnärztlichen Rechnungslegung, zu Vergütungsvereinbarungen und zum sachlich und rechtlich einwandfreien Umgang mit der GOZ und der GOÄ beantwortet.

In einigen Fällen wurden Zahnärzte und Patienten in individuellen Gesprächen beraten. Anlässe dafür waren vorrangig:

- allgemeine gebührenrechtliche Fragen, erbetene Berechnungsempfehlungen,
- zunehmende Auseinandersetzungen mit Patienten, privaten Krankenversicherungen und Erstattungsstellen (Beihilfe) zu Problemen der GOZ bzw. GOÄ,
- Fragen zu Formvorschriften bei Rechnungserstellung, Heil- und Kostenplänen, abweichenden Vereinbarungen gemäß § 2 GOZ (insbesondere bei sog. Verlangensleistungen) sowie privat zu berechnenden Mehrkosten bei GKV-Patienten,
- Fragen zur Berechnungsweise gemäß § 6 Abs. 2 GOZ, zur Berechnung von Materialien und zur Berechnung von Laborkosten gemäß § 9 GOZ.

Die offiziellen Stellungnahmen und Empfehlungen des GOZ-Referates auf der Homepage der Zahnärztekammer Berlin bzw. beim Faxabruf zu Fragen der GOZ wurden aktualisiert bzw. überarbeitet und durch zusätzliche Themen inhaltlich erweitert.

Die GOZ-Seiten auf der Homepage der Zahnärztekammer wurden mehrfach überarbeitet, im Laufe des Geschäftsjahres inhaltlich erweitert und regelmäßig aktualisiert.

Beinahe monatlich wurden im MBZ Beiträge zur privat Zahnärztlichen Rechnungslegung und damit zusammenhängenden Themen veröffentlicht, die dann auch ins Internet eingestellt wurden. Es wurden insgesamt 10 Artikel veröffentlicht.

Herr Dr. Kesler nahm an den GOZ-Koordinierungskonferenzen am 29.04., 30.09.2011 in Berlin sowie an der Sitzung der GOZ-AG-Mitte am 10.11.2011 in Frankfurt am Main teil. Es wurden am 26.10., 29.10., 02.11., 14.11., 26.11., 03.12. und 07.12.2011 Informationsveranstaltungen für die Berliner Zahnärzte zur Einführung in die GOZ 2012 durchgeführt.

## 12. Gutachterwesen

Auf Anfragen von Patienten oder Rechtsanwälten wurden 352 außer-gerichtliche Sachverständige und auf Anfragen von Gerichten 44 Sachverständige für den gerichtlichen Bereich benannt.

## 13. Schlichtungswesen

Durch vermittelnde Tätigkeiten schlichtete der Vorstand Streitigkeiten, die sich aus Patientenbeschwerden über die zahnärztliche Behandlung, das Behandlungshonorar bzw. aus Streitigkeiten von Zahnärzten untereinander ergaben. Erheblichen Raum nahmen wieder Beschwerden von Patienten über Liquidationen aber auch über persönliches Verhalten von einzelnen Kammermitgliedern ein. Es waren 437 Beschwerden (ausschließlich Patientenbeschwerden) zu bearbeiten, davon der überwiegende Teil mit umfangreichem Schriftwechsel (1615 Schreiben), bis hin zur Ladung der Betroffenen in die Geschäftsstelle. Es wurden 19 schlichtende bzw. kollegiale Gespräche in der Zahnärztekammer geführt. Daneben wurde zahlreichen Zahnärzten, die sich telefonisch an das Schlichtungsreferat wandten, Hilfestellung gewährt.

## 14. ZFA-Referat

Am 31. Dezember 2011 waren insgesamt 1341 Auszubildende für den Beruf der Zahnmedizinischen Fachangestellten registriert. 809 Ausbildungsverträge wurden im Berichtsjahr in das Berufsausbildungsverzeichnis eingetragen.

Im Berichtsjahr wurde 195 Ausbildungsverhältnisse vorzeitig aufgelöst, davon 135 in der Probezeit des 1. Ausbildungsjahres, 7 in der Probezeit nach Wechsel im 2. Ausbildungsjahr, 7 in der Probezeit nach Wechsel im 3. Ausbildungsjahr, 25 im 1. Ausbildungsjahr, 8 im 2. Ausbildungsjahr und 3 im 3. Ausbildungsjahr. 10 angenommene Bewerberinnen nahmen die Ausbildung nicht auf.

Die Zahl der Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit setzte sich wie folgt zusammen: 52 aus der Türkei und 89 aus anderen Ländern.

Für das Wintersemester wurden in den Berufsschulen 6 Klassen, für das Sommersemester 15 Klassen neu eingerichtet, insgesamt gab es 57 Klassen. In der Berufsschule für Zahnmedizinische Fachangestellte (Oberstufenzentrum Gesundheit I Wedding) waren im Berichtsjahr zwei Zahnärzte als Fachkundefachlehrer Vollzeit und ein Zahnarzt in Teilzeit tätig. Im Oberstufenzentrum Gesundheit II in Hellersdorf war eine Biologie- und Chemielehrerin mit einem Externen-Abschluss als Zahnmedizinische Fachangestellte Vollzeit für das Fach Abrechnungswesen tätig.

An den Zwischenprüfungen im Mai 2011 (279 Auszubildende) und im November 2011 (105 Auszubildende) nahmen insgesamt 384 Auszubildende teil.

An den Abschlussprüfungen im Winter und im Sommer 2011 nahmen insgesamt 410 Auszubildende teil, davon 298 regulär, 72 Erst- und Zweitwiederholer, keine Umschüler und 40 Vorzieher. Insgesamt haben 338 Teilnehmer die Prüfungen bestanden. Die Prüfungen nicht bestanden haben 72 Auszubildende, davon 27 Wiederholer. 6 Auszeichnungen wurden für sehr gute bis gute Leistungen

im Winter 2011 in der Abschlussprüfung und 9 Auszeichnungen im Sommer 2011 vergeben. Die Freisprechungsfeiern fanden im Winter und im Sommer 2011 in der Urania statt.

Die gemäß § 45 Berufsbildungsgesetz bestellte Ausbildungsberaterin beantwortete im Berichtsjahr fernmündlich und in persönlichen Beratungsgesprächen in der Zahnärztekammer zahlreiche Anfragen rund um die Ausbildungsverhältnisse.

Der Schlichtungsausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten aus einem Berufsausbildungsverhältnis nach § 111 ArbGG wurde zweimal einberufen.

Die empfohlene Ausbildungsvergütung betrug gemäß der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Zahnarthelferin/Zahnmedizinischen Fachangestellten 490 Euro im 1. Ausbildungsjahr, 540 Euro im 2. Ausbildungsjahr und 590 Euro im 3. Ausbildungsjahr. 51 Prozent der Ausbildungsverträge wiesen eine Vergütung unter der Empfehlung aus, bei 32 Prozent entsprach die Vergütung der Empfehlung und 17 Prozent lagen über der Empfehlung.

Der Berufsbildungsausschuss trat im Mai 2011 zusammen.

In das Förderprogramm „Begabtenförderung Berufliche Bildung“ wurden im Berichtsjahr zwei Zahnmedizinische Fachangestellte aufgenommen.

Am 14. und 15. Januar 2011 fand der 40. Deutsche Fortbildungskongress für die Zahnmedizinischen Fachangestellten in Berlin statt.

## 15. Sonderveranstaltungen und besondere Tätigkeiten

### a) Ehrungen

Die Ewald Harndt-Medaille wurde im Berichtsjahr an Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Meyer, Greifswald, im Rahmen des 25. Berliner Zahnärztetages am 14. Januar 2011 verliehen.

### b) Koordinierungskonferenz der neuen Bundesländer und Berlin

Im Berichtsjahr fand keine Koordinierungskonferenz statt.

### c) Treffen der Heilberufskammern Berlin

Im Berichtsjahr fand ein Treffen der Berliner Heilberufskammern am 2. November 2011 in der Ärztekammer Berlin statt.

### d) Patientenberatung / Gemeinsame Patientenberatungsstelle

Telefonisch wurden im gesamten Geschäftsjahr regelmäßig vermittelnde bzw. beratende Auskünfte erteilt. Je nach Bedarf wurden die Beratungstermine der Vorstandsmitglieder und externen Berater (Zahnärzte) in der gemeinsamen Patientenberatungsstelle zwischen der ZÄK Berlin und der KZV koordiniert.

#### e) Ausweisung von Tätigkeitsschwerpunkten

Seit dem Jahr 2002 besteht für Berliner Zahnärzte die Möglichkeit, bestimmte Tätigkeitsschwerpunkte gem. der Anlage 1 zur Berufsordnung nach vorheriger Anzeige bei der Zahnärztekammer Berlin, auszuweisen. Die Richtlinien zur Ausweisung sind in der Anlage 2 zur Berufsordnung der Zahnärztekammer Berlin geregelt. Bis zum 31.12.2011 wurden insgesamt 1075 Tätigkeitsschwerpunkte (aktuelle Anzahl nebst Änderungen) registriert.

Ausgewiesene Tätigkeitsschwerpunkte	
Implantologie	233
Ästhetische Zahnheilkunde	161
Parodontologie	156
Prothetik	109
Individualprophylaxe	104
Endodontologie	64
Kinderzahnheilkunde	51
Funktionstherapie	50
Laserbehandlung	37
Akupunktur	33
Kieferorthopädie	24
Zahnärztliche Hypnose	20
Homöopathie	18
Behindertenbehandlung	5
Oralchirurgie	4
Psychosomatik	4
Seniorenzahnheilkunde	2

#### f) Rügeverfahren gem. § 29 a Berliner Kammergesetz

Gemäß § 29 a des Berliner Kammergesetzes kann der Vorstand der Zahnärztekammer gegen einen Kammerangehörigen, der seine Berufspflichten verletzt hat, eine Rüge aussprechen, die mit einer (Geld-)Auflage verbunden werden kann.

Im Geschäftsjahr hat der Vorstand der Zahnärztekammer in vier neuen Fällen beschlossen, Rügeverfahren mit Auflagen von insgesamt 6.000 € zzgl. Gebühren, einzuleiten. Des Weiteren waren im Geschäftsjahr noch 19 Rügeverfahren aus vergangenen Geschäftsjahren anhängig. Insgesamt waren somit im Geschäftsjahr 23 Rügen zu bearbeiten.

Von diesen 23 in der Zahnärztekammer Berlin anhängigen Rügeverfahren konnten im Geschäftsjahr 7 Rügeverfahren abgeschlossen werden. Es befanden sich zum 31. Dezember 2011 drei Rügeverfahren im Mahnverfahren, drei im Klageverfahren und zehn im Amtshilfverfahren.

Die Rügen beinhalteten Verstöße gegen die Berufsordnung, teilweise in Verbindung mit der Meldeordnung, der Gebührenordnung für Zahnärzte oder dem Heilmittelwerbegesetz.



### g) Fürsorgeausschuss / Sozialfonds

In der Vorstandssitzung am 22. Oktober 1992 wurde beschlossen, dass eine einmalige Unterstützung aus dem Sozialfonds für bedürftige Rentner aus dem Ostteil Berlins geleistet werden soll. Es wurde vom Vorstand der ZÄK Berlin beschlossen, ab 2006 jeweils 160 € auszuzahlen.

Die Zahlung der Weihnachtswendungen im Berichtsjahr wurde vom Vorstand der ZÄK Berlin am 07.12.2011 beschlossen. Es erhielten somit 13 Kolleginnen und Kollegen eine Weihnachtswendung, mit einer einmaligen Zahlung von je 160 €.

<b>Fürsorgeausschuss/Sozialfonds der Zahnärztekammer Berlin</b>		
<b>Rückstellungen/Ausgaben 2011</b>		
Bezeichnung	Haben €	Ausgaben €
<b>Stand 31.12.2010</b>	<b>14.438,53</b>	
Neujahrsempfang		450,00
Seniorenfahrt		2.800,00
Weihnachtswendungen		2.080,00
Zuweisungen	./.	
<b>Stand 31.12.2011</b>	<b>9.108,53</b>	

### h) Seniorenveranstaltungen

Zum obligatorischen Neujahrsempfang der Senioren fanden sich zu Jahresbeginn 45 Gäste im Restaurant des Seminaris Campus-Hotels in Dahlem ein.

Für alle Kammerangehörigen im Ruhestand und ihre Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner wurde auch im Sommer 2011 ein Ausflug organisiert. An der Fahrt, mit den Zielen Herzberg und Wiepersdorf, nahmen 54 Senioren teil.

### i) Impfstoff-Verkauf

Im Berichtsjahr 2011 wurden 434 Ampullen Engerix B und 125 Ampullen Twinrix A+B Hepatitis-Impfdosen über die Firma SmithKline Beecham Pharma GmbH bestellt und an die Zahnarztpraxen ausgegeben.

## 16. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2011 standen sehr unterschiedliche Zielgruppen im Fokus der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Zahnärztekammer Berlin. Nicht wenige der Projekte spielten bundesweit eine Vorreiterrolle oder untermauerten als Modellprojekt bestehende umfassende zahnärztliche Programme.

Weitgehend neu als eigenständiges Thema war der Komplex „Sport und Zähne“, den die Zahnärztekammer Berlin mit einem Ratgeber begleitete, der in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund Berlin entstand. Die Kooperation wurde bekräftigt durch Beteiligung der Zahnärztekammer und LAG am Sportfest im Olympiapark. Die Sport-Organisation ihrerseits berichtete erstmals in größerem Umfang in ihren Medien über das Thema Mundgesundheit. Das Thema wird weiter intensiviert und die Maßnahmen werden 2012 ausgebaut werden. Auch andere Landes Zahnärztekammern zeigten sich an einer Übernahme der Broschüre interessiert.

Bei der Evaluierung des Kooperationsprojekts „Gesunde Dritte in der Pflege“ konnten eindrucksvolle Daten zum - auch in der Sozial- und Gesundheitspolitik des Bundes hoch geschätzten - Aufgabenbereich Mundgesundheit für Pflegebedürftige geliefert werden. Gemeinsame Teams aus Zahnmedizin und Zahntechnik prüften und reinigten während des Modellprojekts Vollprothesen von in Behinderteneinrichtungen lebenden Menschen. Es zeigte sich erheblicher Optimierungsbedarf der mundgesundheitslichen Betreuung. Auf die Daten der Berliner Studie der Deutschen Gesellschaft für Alterszahnmedizin wurde vielfach zurückgegriffen. Zudem wurden Politiker auf Bundes- und Landesebene informiert.

Bei weiteren Aktionen standen die Patienten im Fokus. Berichtet wurde über die eindrucksvolle Verleihung des „Prophylaxe-Preises“ an eine Charlottenburger Schule in Zusammenarbeit mit dem Zahnärztlichen Dienst des Bezirks. Zudem wurde rund um den Tag der Zahngesundheit erneut der Versuch unternommen, Eltern und Kinder im Rahmen des „Milchzahltages“ zu einem Informationsbesuch in die teilnehmenden Zahnarztpraxen einzuladen. Bedauerlicherweise wurde der Hinweis von den Medien der Stadt nicht aufgegriffen, was zu entsprechend geringer Resonanz in den Praxen führte. Ein erfreuliches Ereignis dagegen war die Begleitung von Wera Röttgering (Herzenswünsche e. V.) die das Preisgeld anlässlich ihrer Auszeichnung mit dem Apollonia-Preis der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe einer Berliner Schule für vermeintlich „unbeschulbare“ Kinder gestiftet hatte. Da sich im Bereich der besonderen Schule ebenfalls Optimierungsbedarf hinsichtlich der Mundgesundheit zeigte, wurde festgehalten, dass man in Kontakt bleiben werde.

Die Aktivitäten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Blick auf die Zahnärzteschaft bestanden in der traditionellen Begleitung des Berliner Zahnärztetages, der im Jahr 2011 unter der Überschrift „Zahnerhaltung“ stand. Im Vorfeld wurden die Medien über den anstehenden Kongress informiert, ergänzt um Zahlen rund um die Berliner Zahnarztpraxen. Im Nachgang wurde über interessante Facetten aus dem wissenschaftlichen Programm berichtet.

Ein immer wieder erfreuliches Presse-Thema ist die Verleihung der Ewald Harndt-Medaille. Sie ging im Jahr 2011 an Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Meyer, Greifswald. Für die Fachmedien interessant war neben der Laudatio seitens des Kammerpräsidenten Dr. Wolfgang Schmiedel auch das Grußwort des Geehrten, das er nutzte, um die Bedeutung der interdisziplinären Zusammenarbeit von Zahnmedizin und Medizin zu unterstreichen.

Berichte für die Fachpresse gab es über einige der gut frequentierten Dienstagabend-Fortbildungen und zur interdisziplinären Fortbildungsreihe Med-Dent, einer Initiative der Zahnärztekammer Berlin mit Unterstützung der Berliner Ärztekammer. Für eine Publikation aus Anlass der „Infotage Dentalhandel Ost“ wurde ein Grußwort beigetragen. Weitere Statements gab es auf Anfragen aus der Fach- und Publikumspresse.

Informiert wurde die Öffentlichkeit über einen Wechsel im Vorstand der Zahnärztekammer Berlin: Da der bisherige Vizepräsident in den Vorstand der KZV Berlin wechselte, übernahm Dr. Michael Dreyer innerhalb des Vorstandes die Aufgaben des Vizepräsidenten; auf den frei gewordenen Sitz im Kammervorstand wurde ZÄ Juliane Gnoth gewählt.

Zu den sonstigen Medienkontakten gehörten wie in den Vorjahren erfreuliche und weniger erfreuliche. Weniger erfreulich waren Anfragen von Redaktionen, die Unterstützung für zahnärztkritische Projekte suchten. Deutlich nachgelassen haben – vielleicht auch aufgrund eines entsprechenden Hinweises im Bereiche Pressestellenkontakt auf der Homepage der Kammer – Anfragen, die verdeckte Aufzeichnungen in Zahnarztpraxen planten. Die Pressestelle hat erneut unseriöse Anfragen abgeblockt, seriöse Anfragen dagegen mit Interview- und Drehmöglichkeiten zu unterstützen versucht.

Immer besser gestaltet sich beispielsweise die Zusammenarbeit mit der „BZ“: Die Redaktion nimmt, wenn das Thema „Zahngesundheit“ ansteht, sehr zuverlässig Kontakt mit der Pressestelle der Zahnärztekammer auf und entwickelt Informationen für die Leserinnen und Leser. Zwar ist das Ergebnis nicht immer fachlich perfekt, da ein Gegenlesen der Beiträge nicht möglich ist. Unter dem Strich entstanden jedoch sehr hilfreiche Beiträge, darunter auch zum Thema „Zähne schützen“.

Fortgeführt wurden Aktivitäten bei kontinuierlichen Projekten wie KinderZahnPass, Berliner Hilfswerk Zahnmedizin, Patientenberatung „Seele und Zähne“. Wie in den Vorjahren wurde im MBZ in vielfacher Weise über die Arbeit der Zahnärztekammer Berlin berichtet.

## 17. Philipp-Pfaff-Institut GmbH

### a) Geschäftsführung, Gesellschafter und Fachbeirat

Die im November 1992 gegründete GmbH setzte ihre Tätigkeit im Berichtsjahr unter der Leitung von Herrn Dr. Thilo Schmidt-Rogge als Geschäftsführer fort.

Die Präsidenten, Vorstände und Geschäftsführungen der Landeszahnärztekammer Brandenburg und der Zahnärztekammer Berlin vertraten die Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung. Entsprechend § 7 des Gesellschaftsvertrages tagte die Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr zweimal.

Der gemäß § 11 Gesellschaftsvertrag bestellte Fachbeirat setzte seine Tätigkeit fort. Der Fachbeirat tagte insgesamt dreimal und setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Cornelia Gins	Vorsitzende	ZÄK Berlin
Dr. Carsten Fleischfresser	stellv. Vorsitzender	LZÄK Brandenburg
ZA Jens Füting		ZÄK Berlin
Dr. Wolfgang Kopp		ZÄK Berlin
Univ.-Prof. Dr. Ralf Johannes Radlanski		ZÄK Berlin

### b) Kursbetrieb des wissenschaftlichen Programms

Im Berichtsjahr wurden 194 Kurse (2010: 185) zur Fortbildung durchgeführt. An diesen Fortbildungsprogrammen nahmen insgesamt 6811 (2010: 5024) Personen teil. Das wissenschaftliche Programm setzte sich aus der Zahnärztlichen Fortbildung, Aufstiegsfortbildungen für Mitarbeiter sowie diversen Einzelveranstaltungen zusammen.

Neben der Veranstaltungsreihe „Update ZHK“ und dem interdisziplinären Forum „Med-Dent“, das Themen behandelt, die sowohl für Zahnmediziner als auch Humanmediziner von Belag sind, war ein herausragendes Ereignis zum Jahresende die Durchführung des 16. Berliner Prophylaxe-Tages am 02./03.12.2011. Am Vortragsblock beteiligten sich 217 (2010: 207) Teilnehmer (TN) und an den verschiedenen je 90-minütigen Workshops, die wie im Vorjahr je dreimal durchgeführt wurden, insgesamt 468 (2010: 674) Teilnehmer.

### **c) Zahnärztliche Fortbildung**

Im Berichtszeitraum 2011 wurden 43 (2010: 55) Einzelkurse durchgeführt, an denen insgesamt 470 (2010: 580) Zahnärzte teilnahmen.

Im Jahr 2011 wurden folgende Strukturierten Fortbildungen (SF) und Curricula mit insgesamt 193 Teilnehmern (2010: 219) durchgeführt:

- SF Prothetik
- SF Chirurgie
- SF Implantologie
- SF Applied Kinesiology für Zahnärzte
- SF Funktionsanalyse und -therapie
- SF CMD
- SF Homöopathie
  
- Curriculum Endodontie
- Curriculum Allgemeine Zahnheilkunde
- Curriculum Kinder- und Jugend-Zahnmedizin
- Curriculum Hypnose und Kommunikation in der Zahnmedizin
- Curriculum Ästhetische Zahnheilkunde

Die weiterhin gute Auslastung im Bereich Strukturierter Fortbildungen und Curricula ist erfreulich, da sich hier ein Teilnehmer mit seiner Anmeldung gleich für mehrere Kurstage anmeldet, was die Planung erleichtert.

### **d) Mitarbeiter-Fortbildung**

Auch 2011 wurden für Praxismitarbeiter Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, im Berichtszeitraum 77 (2010: 68) Einzelkurse mit insgesamt 1228 (2010: 951) Teilnehmern. Zusätzlich wurden Aufstiegsfortbildung zur ZMV, ZMP und DH angeboten.

- Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin

Die Aufstiegsfortbildung der ZAH/ZFA zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) im Rahmen des ZMV-Seminars fand auch im Jahr 2011 statt. Die Kursdauer beträgt berufsbegleitend ein halbes Jahr. Im Berichtsjahr wurden zwei Kurse angeboten. Die Kurse laufen unter „Voll-Last“.

Die ZMV-Seminare wurden 2011 von insgesamt 64 (2010: 64) Teilnehmern besucht. Von denen kamen 50 TN (2010: 46) aus Berlin, 10 TN (2010: 16) aus Brandenburg und 4 TN (2010: 2) aus anderen Bundesländern. Die theoretische Wissensvermittlung erfolgte sowohl durch externe Referenten als auch durch Frau ZÄ Ilona Kronfeld. Die erfolgreichen Absolventen erhalten ein Zertifikat der Berliner bzw. Brandenburger Zahnärztekammer. Bei der Zuordnung ist der private Wohnort ausschlaggebend.

- Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin

Auch im Jahr 2011 fand die Aufstiegsfortbildung der ZAH/ZFA zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) im Rahmen des ZMP-Seminars statt. Die Kursdauer beträgt berufsbegleitend ein halbes Jahr. Im Berichtsjahr wurden zwei Kurse angeboten. Die Teilnehmerzahl war aufgrund der hohen Nachfrage - und um zu verhindern, dass Teilnehmer zu Wettbewerbern abwandern - in der zweiten Jahreshälfte 2010 auf bis zu 72 erhöht. Der Kurs war damit an der Belastungsgrenze.

Die ZMP-Seminare wurden 2011 von insgesamt 144 (2010: 126) Teilnehmern besucht. Von denen kamen 93 TN (2010: 87) aus Berlin, 49 TN (2010: 36) aus Brandenburg und 2 TN (2010: 3) aus anderen Bundesländern. Die theoretische Wissensvermittlung erfolgt sowohl durch die Mitarbeiter des ZMP-Seminars als auch durch externe Referenten. Die praktische Ausbildung, welche die gegenseitige Behandlung und die Behandlung von Patienten beinhaltet, wurde auch 2011 durch die Mitarbeiter des ZMP-Seminars und zusätzlich durch auf Honorarbasis beschäftigte Zahnärztinnen und Zahnärzte geleistet. Dieses Team wurde - auch aufgrund der gestiegenen Teilnehmerzahlen - weiter ausgebaut. Die erfolgreichen Absolventen erhalten ein Zertifikat der Berliner bzw. Brandenburger Zahnärztekammer. Bei der Zuordnung ist der private Wohnort ausschlaggebend.

Im Bereich des ZMP-Seminars wird die Patientenbehandlung als privat Zahnärztliche Leistung kostenpflichtig erbracht. Mit der Erhöhung der Teilnehmerzahlen ist auch die Anzahl der behandelten Patienten gestiegen.

- Aufstiegsfortbildung zur Dentalhygienikerin

Die Aufstiegsfortbildung von ZMP und ZMF zur Dentalhygienikerin (DH) im Rahmen des DH-Seminars wurde auch im Jahr 2011 angeboten und zusammen mit der Abteilung Parodontologie des Universitätsklinikums Charité unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Bernd-Michael Kleber und der klinischen Leitung von Prof. Dr. Andrej Kielbassa durchgeführt. Prof. Kielbassa hat Mitte des Jahres 2011 die Charité verlassen. Frau PD Dr. Pischon übernahm die Leitung der Abteilung sowie die klinische Leitung des DH-Seminars. Im Berichtsjahr wurde ein Kurs angeboten. Die Kursdauer beträgt berufsbegleitend ein Jahr.

Das DH-Seminar wurde 2011 von insgesamt 16 (2010: 17) Teilnehmern besucht. Von denen kamen 6 TN (2010: 6) aus Berlin, 4 TN (2010: 6) aus Brandenburg und 6 TN (2010: 5) aus anderen Bundesländern. Die theoretische Wissensvermittlung erfolgt sowohl durch die Mitarbeiter des DH-Seminars als auch durch externe Referenten. Die praktische Fortbildung, welche die intensive Behandlung von Patienten beinhaltet, wurde 2010/2011 durch die Mitarbeiter des DH-Seminars und zusätzlich durch auf Honorarbasis beschäftigte Zahnärztinnen und Zahnärzte geleistet. Die erfolgreichen Absolventen erhalten ein Zertifikat der Berliner Zahnärztekammer. In Brandenburg gibt es keine Prüfungsordnung für DH. Im Bereich des DH-Seminars wird die Patientenbehandlung als abrechnungsfähige Zahnärztliche GKV- und PKV-Leistung, teilweise auch als reine Privatrechnung, erbracht.

Seit der Zusammenlegung der Zahnkliniken Nord und Süd ist das DH-Seminar nun erfolgreich am neuen Standort etabliert. Er wird auch durch die Charité-Mitarbeiter anerkannt und gefördert. Durch die gestiegenen Studentenzahlen kam es 2010 teilweise zu einer Patientenknappheit, da die Patienten für die Studentenausbildung gebraucht wurden und nicht für das DH-Seminar zur Verfügung standen. Als Maßnahme wurde die „Parodontologie-Sprechstunde“ reaktiviert, die es bereits in der Zahnklinik Nord gab und die nach dem Umzug in die Zahnklinik Süd nicht mehr fortgeführt worden war. Dies hatte einen positiven Einfluss auf die Patientenzahlen im DH-Seminar. Die Sprechstunde wurde 2011 fortgeführt und gut von niedergelassenen Zahnärzten und Patienten angenommen.

## 18. LAG zur Verhütung von Zahnerkrankungen e. V.

Die am 11. Juni 1990 gegründete Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen e. V. (LAG) setzte im Berichtsjahr ihre Tätigkeit fort. Der Vorstand der LAG setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Gerlinde König	Vorsitzende	AOK Nordost
Dr. Michael Dreyer	stellv. Vorsitzender	ZÄK Berlin
(ab 23.03.2011 für Dipl.-Stom. Karsten Geist)		
Dr. Ursula Uhlig		Land Berlin
Burkhard Spahn		BKK-Landesverband Ost, Landesrepräsentanz Berlin-Brandenburg
Frank Neumann		BIG direkt gesund
Gabriela Leyh		Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Berlin

Die Geschäftsstelle der LAG befindet sich in der Fritschestraße 27/28, 10585 Berlin.

10585 Berlin, 15. August 2012

Dr. Wolfgang Schmiedel  
- Präsident -

Dr. Michael Dreyer  
- Vizepräsident -